



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 13.12.2016**

Sitzungsnummer: v.-Ver/031/2016

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	

Herr Marcus Stolle	
--------------------	--

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
Frau Jutta Thiele	

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Entschuldigt:

SPD-Fraktion

Frau Edina Hippe	
Herr Joachim Lorchheim	
Frau Petra Strauß	

Mitglieder des Magistrats

Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Matthias Herzog	

Beginn der Sitzung:

19:10 Uhr

Ende der Sitzung:

22:26 Uhr

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 10.12.2016 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

TOP	Titel	
1.	Haushaltssatzung 2017 hier: Beschlussfassung.....	5
1.1.	Haushaltsplan einschl. des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes Vorlage: 2016/0062/SVV	9
1.2.	Stellenplan	10

1.3.	Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 - 2020 Vorlage: 2016/0063/SVV	10
2.	2. Lagebericht 2016 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege Berichtszeiträume: 01.01.2015 bis 31.12.2015 und 01.01.2016 bis 31.10.2016 Vorlage: 2016/0059/SVV	11
3.	Bebauungsplan Nr. 29.1 „Leuchtbergstraße/Cyriakusstraße“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 29 „Leuchtbergstraße, Cyriakusstraße, Kleiner Pfaffenweg, Seminarstraße, Pfaffenweg, Heinrich-Vocke-Straße, Dünzebacher Straße“); Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 2016/0061/SVV	11
4.	a) Parkraumkonzept Eschwege; Beschluss b) Neufassung der Parkgebührenordnung; Beschluss Vorlage: 2016/0043/SVV	12
5.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Mehrwegbecher für „Coffee-to go“ - Aus Umweltverantwortung handeln <i>- Auf die nächste Stv.-Sitzung verschoben -</i>	
6.	Anregungen <i>- Auf die nächste Stv.-Sitzung verschoben -</i>	

**1. Haushaltssatzung 2017
hier: Beschlussfassung**

Zuständiger Fachbereich: - 21/12 -

Über die Tagesordnungspunkte

1.1 „Haushaltsplan einschl. des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes“,

1.2 „Stellenplan“ und

1.3 „Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 - 2020“

wurde aufeinanderfolgend berichtet.

Herr Stv. Lister (Vorsitzender des Finanzausschusses) berichtet über die Beratungen aus dem Ausschuss und gibt einige Hinweise zur Vorgehensweise bei den Beratungen. Es wurden neben den Eckdaten des Haushaltes (z.B. hohe Steigerungen im Bereich der Kindertagesstätten; Maßnahmen am Werratalsee) im Wesentlichen die den strategischen Zielen zugeordneten Produkte, die von den jeweiligen Produktverantwortlichen näher vorgestellt wurden, beraten. Zu den Schlüsselprodukten erläutert Herr Stv. Lister die von den Produktverantwortlichen genannten Eckdaten und Besonderheiten.

Er berichtet auch entsprechend zum Haushaltssicherungskonzept und zum Stellenplan. Hierzu weist er darauf hin, dass künftig mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden sollten.

Zum Investitionsprogramm berichtet Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender Ausschuss Bauen und Umwelt) von den Beratungen und dass die Stadt verpflichtet sei, ein solches Programm zu erstellen. Er benennt entsprechend den Ausführungen in der Vorlage noch einmal die Eckdaten.

Anschließend trägt Stv. Gassmann seine vier Änderungsanträge zum Haushalt vor. Er entschuldigt sich für die verspätete Vorlage dieser Anträge. Diese lauten wie folgt:

Änderungsantrag Nr. 1:

Die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung wird um 60.140 EUR gesenkt.

Begründung:

Die Stadt Eschwege (Finanzhaushalt) belastet den Abwasserhaushalt im Jahr 2017 mit 1.055.000 EUR. Dieser Betrag fließt als „Kosten“-Bestandteil in die Wasserrechnungen der Bürgerinnen und Bürger ein. Es handelt sich dabei aber nicht um anfallende Kosten! Es liegt hier vielmehr lediglich eine Verrechnung vor, die dem Kernhaushalt eine zusätzliche Einnahme beschert und an die Gebührenzahler weiterberechnet wird.

Diese „Eigenkapitalverzinsung“ ist gesetzlich zulässig. Jedoch ist die Höhe dieses Betrages durch nichts gerechtfertigt. Die Verzinsung wird mit über 5 % gerechnet.

Die beantragte geringfügige Minderung des Verrechnungsbetrages vermindert das Risiko neuer Gebührenerhöhungen beim Abwasser.

Haushaltswirkung ist neutral:

Weniger Einnahmen Finanzhaushalt	60.140 EUR
Weniger Ausgaben Abwasserhaushalt	60.140 EUR

Änderungsantrag Nr. 2:

Die Konzessionsabgabe wird um 70.000 EUR gesenkt.

Begründung:

Vor dem Hintergrund steigender Kosten hat die Stadt Eschwege vor 12 Monaten die Wassergebühren erhöht. Die Folge war, dass nicht nur die steigenden Kosten aufgefangen worden sind, sondern darüber hinaus auch noch zusätzliche Konzessionsabgaben i. H. v. 70.000 EUR in den Kernhaushalt der Stadt gespült worden sind.

Diese erhöhte Konzessionsabgabe ist durch nichts gerechtfertigt. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Senkung dieser Verrechnungspositionen, da ihnen nicht der geringste Aufwand gegenüber steht.

Haushaltswirkung ist neutral:

Weniger Einnahmen Kernhaushalt 70.000 EUR

Weniger Ausgaben EB Wasser 70.000 EUR

Änderungsantrag Nr. 3:

Als Grundsatzziel wird aufgenommen: „Die Teilhabe am kulturellen Leben für Alle ermöglichen“

Begründung:

Die Stadt Eschwege unterstützt auf vielfältige Art Kulturveranstaltungen lokaler und regionaler Kulturträger und veranstaltet selbst solche. Damit diese Förderung nicht nur bei denen ankommt, die sich die Eintrittspreise leisten können, bemüht sich die Stadt in Gesprächen mit den wesentlichen Kulturveranstaltern einen Weg zu finden, für Geringverdiener und Sozialleistungsbezieher ermäßigte Eintrittspreise zu ermöglichen.

Dabei könnte eine Art Teilhabeausweis/Teilhabepass eingesetzt werden, ähnlich der Familienkarte Plus. Dies verursacht nur einen geringen Verwaltungsaufwand und wäre niedrigschwellig zugänglich und diskriminierungsarm. Auch eine Ausweitung der Funktionen der erfolgreich umgesetzten Familienkarte kommt in Betracht.

Es wird keinen Run auf solche Angebote geben, trotzdem werden die Maßnahmen für die Betroffenen, die von dem Angebot Gebrauch machen, eine deutliche Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten am kulturellen Leben bedeuten. Werden beispielsweise 50 Personen jeweils 4 Veranstaltungen im Jahr zum halben Eintrittspreis besuchen, würden sich die Einnahmeausfälle in Grenzen halten, insbesondere dann, wenn die Veranstaltungen von den Berechtigten ansonsten nicht besucht worden wären. Auch wenn die eine oder andere Veranstaltung ausverkauft wäre sollte man auf diese soziale Teilhabe nicht verzichten.

Änderungsantrag Nr. 4:

Folgendes Grundsatzziel wird aufgenommen: „An Tagen mit besonderen Aktionen oder Veranstaltungen im Stadtgebiet wird ein kleiner Pendelbusverkehr eingerichtet.“

Begründung:

Sonntags fahren die Stadtbusse nicht. Gerade die Bewohner des Stadtteils Heuberg beklagen sich immer wieder sehr deutlich darüber, dass die Stadtbusse selbst an Tagen mit besonderen städtischen Veranstaltungen nicht fahren. Insbesondere an Tagen wie Johannisfest, Open Flair, Wurstfest aber auch bei anderen Veranstaltungen wird der Stadtbus sehr vermisst.

Sowohl das strategische Ziel „Standort für Familie und Senioren“ als auch die Grundsatzziele Sicherstellung der Mobilität und bedarfsgerechtes Angebot für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen verlangen ein Minimalangebot an Pendelbusverkehren an ausgesuchten Tagen.

Mit der NWM sind entsprechende Gespräche aufzunehmen. Nach grober Einschätzung würden 2 Busse ausreichen, die für 4 Stunden einen Pendelverkehr aufrechterhalten. Der Kostenrahmen dürfte pro Tag deutlich unter 1.000 EUR liegen.

Herr Stv. Montag stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor, auf dem Kreisel bei der Stadthalle in 2017 wieder einen Weihnachtsbaum aufzustellen. Es wird von Zusatzkosten in Höhe von rd. 800 € ausgegangen.

Herr Stv. Schneider führt zum Haushalt folgendes aus:

Betrachte man den Haushalt aus der Interessenlage eines Bürgers, sei wichtig:

- *Geht die Stadt verantwortungsvoll mit dem Geld um?*
- *Müssen die Bürger/-innen mehr zahlen und*
- *erhalten sie mehr oder weniger Leistungen?*

Anhand von diversen Beispielen zeigt er den positiven Verlauf des Haushaltes auf. Trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen in einigen Bereichen sei ein Haushaltsausgleich erreicht worden. Dennoch sieht er die Notwendigkeit, weiterhin sparsam zu wirtschaften und zu handeln.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktion Die Linke weist er auf die rechtlichen Vorgaben wie KAG; Kostendeckungsprinzip hin.

Bezüglich des Antrages „Kultur für alle“ erklärt er, dass die Stadt auf die Eintrittssituation der Veranstalter keinen Einfluss habe. Ergänzend verweise er auf die Diskussionen rund um die Familienkarte bzw. Familienkarte plus. Zum Stadtbusantrag verweist er auf die entstehenden Zusatzkosten und die ggfs. entstehende Ungleichbehandlung der Stadtteile. Er vertritt die Auffassung, dass keine Sonderregelung möglich sei.

Er kritisiert die verspätete Abgabe der Anträge.

Den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich des Weihnachtsbaumes auf dem genannten Kreisel findet er gut, die CDU-Fraktion stimmt diesem Antrag zu. Ggfs. sei ein Sponsoring-Partner zu finden.

Herr Stv. Heinz würdigt den Haushalt 2017 positiv. Alle Fraktionen finden diesen Haushalt gut, er sei in seinen Inhalten nicht spektakulär, aber solide und halte noch den Konsolidierungskurs. Dies sei maßgeblich noch die Handschrift des ehemaligen Stadtkämmerers Herrn Brill. Herr Stv. Heinz spricht auch an, dass es Tendenzen gebe, die nachdenklich stimmen: z. B. Gewerbesteuerschwankungen, ein um 400.000 € niedriger Zahlungsmittelüberschuss als vor einem Jahr, trotz des Überschusses eine

Schuldensteigerung um fast 2 Mio. €. Z. B. steigen künftig auch wieder die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (im aktuellen Haushalt rd. 200.000 €). Er mahnt daher Aufmerksamkeit an. Auch kritisiert er die Abführungen an den WMK in einer Größenordnung von rd. 31 %. Hier sei es erforderlich, dass der Bürgermeister im Kreistag entsprechend votiere. Das KiFöG sei ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip, auch hiergegen sollte vorgegangen werden. Insgesamt seien Maßnahmen erforderlich, um den eingeschlagenen positiven Kurs beizubehalten.

Zu den Anträgen der Fraktion Die Linke erläutert er, dass ein ähnlicher Antrag bezüglich des Stadtbusses bereits einmal abgelehnt wurde und regt an, wieder einmal das ÖPNV-Konzept im Ausschuss zu erörtern.

Bezüglich der Konzessionsabgabe schlägt er vor, diesen Antrag an den Finanzausschuss zu überweisen. Dort solle die Verwaltung informieren. Dasselbe gilt für die Abwasserabgaben.

Herr Stv. Hölzel zeigt sich zufrieden mit dem Haushalt; hinsichtlich der wesentlichen Eckpunkte bezieht er sich auf seine Vorredner. Allerdings ist er nicht zufrieden mit dem hohen Zuschuss an die Kindertagesstätten. Er plädiert für gebührenfreie Kitas, die durch Bundesgesetz vorgegeben werden sollten.

Er spricht sich auch für einen Weihnachtsbaum am Stadthallen-Kreisel aus, der vielleicht preiswerter werden könnte.

Bezüglich der Anträge von Herrn Stv. Gassmann sei alles gesagt, und er teilt die Meinung von Herrn Stv. Schneider.

Herr Stv. Lister verdeutlicht die wesentlichen Zahlen, die zu der jetzigen Haushaltssituation geführt haben. Den Vorschlag, noch einmal das ÖPNV-Konzept vorzustellen, findet er gut, bezieht aber auch die PEG, das Stadtmarketing; NIWE, Investitionen im Bereich Wirtschaftsförderung mit ein und fordert auch hier einen Sachstandsbericht von der Verwaltung in einer gemeinsamen Sitzung von Ausschuss für Bauen und Umwelt und Finanzausschuss. Im Rahmen des Konzerns Stadt ist es ihm wichtig, auch die Haushalte der sog. Töchter künftig einzubeziehen. Herr Stv. Gassmann begründet, warum er dem Haushalt nicht zustimmen kann. Er vertritt die Auffassung, dass sich die Koalition mehr und konzeptionell um die Stadtentwicklung kümmern sollte, geht auch auf die Redebeiträge seiner Vorredner ein und auf die Dammabdichtung des Werratalsees. Hier sei der Einfluss der Landwirtschaft noch nicht ausreichend geklärt.

Seinen Antrag „Kultur für alle“ hält er aufrecht, mit der Überweisung seiner anderen Anträge in den Ausschuss ist er einverstanden.

Herr Stv. Dietrich kritisiert ebenfalls die Leistung der Koalition; er will sich betr. Haushalt enthalten und führt als Negativbeispiele „Werratalseeabdichtung“ und „Kosten für die Stadthalle“ an. Das ÖPNV-Konzept sollte aus seiner Sicht im Ausschuss erörtert werden; ebenso sollte es Informationen zur Rechtslage betr. Kalkulatorische Kosten und Konzessionsabgabe im Ausschuss geben.

Herr Stv. Montag schlägt vor, den Antrag „Kultur für Alle“ ebenfalls in den Ausschuss zu überweisen.

Herr Bgm. Hepe schlägt vor, den Betrag für den Weihnachtsbaum am Kreisel nicht in den Haushalt aufzunehmen, sondern es wird versprochen, den Baum möglich zu machen und die Kosten aus der Gesamtdeckung zu nehmen. Herr Stv. Montag stimmt dem zu. Deswegen wird der Antrag der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Herr Stv. Gassmann stimmt der Überweisung seiner Anträge in die zuständigen Ausschüsse zu.

Beschluss über Änderungsanträge Nr. 1 bis Nr. 4 der Fraktion Die Linke:

Die Anträge werden in die zuständigen Ausschüsse (Bauen und Umwelt, Finanzausschuss) überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja: 16 Nein: 16 Enthaltungen: 2

1.1. Haushaltsplan einschl. des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes Vorlage: 2016/0062/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 21, Stabsstelle 12

Siehe Wortbeiträge unter TOP 1.

Beschluss:

1.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan

Der beiliegende 2. Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017, der einschließlich der oben genannten Veränderungslisten zum Ergebnis- und Finanzhaushalt mit den nachfolgenden Festsetzungen abschließt, und zwar

im Ergebnishaushalt		
im ordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	44.116.700	EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	43.903.350	EUR
mit einem Saldo von	213.350	EUR
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	5.400	EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	500	EUR
mit einem Saldo von	4.900	EUR
mit einem Überschuss	218.250	EUR
im Finanzhaushalt		EUR
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.278.620	EUR
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.300.380	EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.604.380	EUR
mit einem Saldo von	-3.304.000	EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	3.304.000	EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	2.439.750	EUR
Saldo	864.250	EUR
mit einem Zahlungsmittelfehlbedarf	-161.130	EUR
Kreditbedarf zur Finanzierung von Investitionen	3.304.000	EUR
Verpflichtungsermächtigungen	1.850.000	EUR
Höchstbetrag der Kassenkredite	10.000.000	EUR

wird beschlossen.

Haushaltssicherungskonzept

Der Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2017 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Ortsbeiräte der Stadtteile sind gemäß § 82 Abs. 3 HGO zum Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan am 17.11.2016 gehört worden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja: 30 Nein: 3 Enthaltungen: 1

1.2. Stellenplan

Zuständiger Fachbereich: - 12 -
--

Siehe Wortbeiträge unter TOP 1.

Beschluss:

Der Entwurf des Stellenplanes 2017 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja: 30 Nein: 3 Enthaltungen: 1

1.3. Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 - 2020

Vorlage: 2016/0063/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 21

Siehe Wortbeiträge unter TOP 1.

Beschluss:

Der Entwurf des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2016 bis 2020, der mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 25.032.080 € abschließt, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja: 27 Nein: 4 Enthaltungen: 0

- 2. Lagebericht 2016 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege**
Berichtszeiträume: 01.01.2015 bis 31.12.2015 und 01.01.2016 bis 31.10.2016
Vorlage: 2016/0059/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 21

Herr Bgm. Hepe trägt vorlagegemäß vor und gibt einen Überblick über die Haushaltswirtschaft und teilt mit, dass sich das Ergebnis verbessert hat. Die Jahresrechnung ist fertig und wird in Kürze an die Revision beim WMK übersandt.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

- 3. Bebauungsplan Nr. 29.1 „Leuchtbergstraße/Cyriakusstraße“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 29 „Leuchtbergstraße, Cyriakusstraße, Kleiner Pfaffenweg, Seminarstraße, Pfaffenweg, Heinrich-Vocke-Straße, Dünzebacher Straße“); Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss**
Vorlage: 2016/0061/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 41

Herr Bgm. Hepe trägt vorlagegemäß vor.

Herr Stv. Dr. Bödicker (Vors. Ausschuss Bauen und Umwelt) gibt Erörterungen aus dem Ausschuss bekannt.

Von Herrn Stv. Fiege erfolgt die Anregung, bei Baumaßnahmen Versiegelungen entgegenzutreten und Ausgleichsorte zur Verfügung zu stellen.

Herr Stv. Grüning erläutert, dass bei weitest gehender Nutzung der Bauplätze eine Versiegelung eingeschränkt wurde.

Herr Stv. Feiertag bestätigt, dass es sich um ein gutes Projekt handelt und vermisst in der Vorlage die Bestandsplanung. Er hält einen Ausgleich für versiegelte Flächen sinnvoll, z. B. biete sich der Parkplatz Reichensächser Straße an.

Auch Herr Stv. Gassmann freut sich über altersgerechte Wohnungen und mahnt an, dass diese auch für Geringverdiener erschwinglich sein müssen. Man solle die Wohnungen auf dem Heuberg im Auge behalten, dort gäbe es nicht genügend Wohnungen für Geringverdiener.

Herr Stv. Reyer schließt sich Herrn Stv. Feiertag an und regt an, künftig in der Vorlage auch die dazugehörige Agenda abzdrukken. Bgm. Hepe erläutert, dass die vollständigen Exemplare nur Ausschussmitglieder erhalten und diese ihre Fraktionskollegen informieren sollen. Es soll ggfs. geprüft werden, ob künftig ein Versand per E-Mail an alle möglich ist.

Beschluss:

- a) Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29.1 „Leuchtbergstrasse/Cyriakusstrasse“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 29 „Leuchtbergstraße, Cyriakusstraße, Kleiner Pfaffenweg, Seminarstraße, Pfaffenweg, Heinrich-Vocke-Straße, Dünzebacher Straße) wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 29.1 umfasst die Flurstücke 16/6, 17/4, 18/4, 20/1 und 21/3, Flur 40, Gemarkung Eschwege. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 29.1 ist in der Anlage 1 zu dieser Vorlage dargestellt.
- b) Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 29.1 „Leuchtbergstraße/Cyriakusstraße“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 29 „Leuchtbergstraße, Cyriakusstraße, Kleiner Pfaffenweg, Seminarstraße, Pfaffenweg, Heinrich-Vocke-Straße, Dünzebacher Straße) wird einschließlich der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 13 Abs. 2 BauGB mit dem beigefügten Entwurf an der Planung zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 0

- | |
|---|
| <p>4. a) Parkraumkonzept Eschwege; Beschluss
b) Neufassung der Parkgebührenordnung; Beschluss
Vorlage: 2016/0043/SVV</p> |
|---|

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 41, Fachdienst 31

Herr Bgm. Heppel trägt vorlagegemäß (Vorlage vom 10.11.2016 und zusätzliche Vorlage für 13.12.2016) vor und begründet sie.

Herr Stv. Bödicker (Vorsitzender Ausschuss Bauen und Umwelt) gibt den Ausschussbericht, der einstimmig erfolgt sei.

Ob die Maßnahmen erfolgreich waren, soll nach einem Jahr geprüft werden. Von Anliegerparkplätzen soll abgesehen werden.

Für die CDU-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Herr Stv. Dietrich kritisiert die Regelung in der Marktstraße wie sie jetzt sei und bemerkt, dass bei der Art von Geschäften, die dort ansässig sind, nicht unbedingt mit dem PKW vor die Ladentür gefahren werden muss. Er signalisiert Enthaltung.

Herr Stv. Feiertag bewertet das sog. Zwiebelprinzip grundsätzlich positiv, bei späteren Überlegungen sei auch das Anwohnerparken zu prüfen. Ansonsten ist er der Meinung, dass es auch Gelegenheiten gibt, wo man mit dem PKW in die Innenstadt fahren muss.

Auch Herr Stv. Schneider bekräftigt die Verantwortung für die Innenstadt, die mit dem Auto erreichbar sein sollte.

Herr Stv. Gassmann erläutert, dass die bisherige Parkraumsituation in der Marktstraße nicht haltbar sei und dass die Neuregelung nach einem Jahr überprüft werden solle. Er sieht auch Bedarf für Anwohnerparken.

Herr Stv. Moneke erläutert, dass er sich enthalten wolle. Er vermisse eine positive Kosten-/ Nutzenanalyse, und unerwünschte Dauerparker ließen sich durch eine intensivere Kontrolle durch die Ordnungspolizei vermeiden.

Herr Stv. Montag erläutert, dass vom Ausschuss für Bauen und Umwelt darum gebeten wurde, das Parkraumkonzept betr. Anwohnerparken im Beschluss aufzunehmen, dieses aber scheinbar versäumt wurde.

Herr Bgm. Heppe stimmt Herrn Stv. Montag zu.

Beschluss:

1. Das neue Parkraumkonzept für die Eschweger Altstadt wird beschlossen.
2. Die in der Anlage beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Kreisstadt Eschwege (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, sich im Zusammenhang mit der Evaluierung des Parkraumkonzeptes mit der Einführung von Bewohnerparken zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: 30 Nein: 0 Enthaltungen: 4

Herr Stv.-V. Hamp weist auf die Geschäftsordnung hin, dass die Sitzung maximal 3 Stunden dauern sollte, sollten aber noch Tagesordnungspunkte anstehen, müsse darüber abgestimmt werden, ob die Sitzung fortgeführt werden soll.

Beschluss:

Die Sitzung wird fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja: 3 Nein: 31 Enthaltungen: 0

Die Sitzung wird daher beendet und noch nicht behandelte Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Herr Stv.-V. Hamp wünscht besinnliche Feiertage und schließt die Sitzung um 22:26 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 13.12.2016**

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

Volker Jatho
(Schriftführer)